Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Aschermittwoch, 9. März 2011
Ausgabe 046
muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **2**
Meldungen **3**
› Neue Leiterin für das Filmfest München 3
› Naturkatastrophe bedroht Asháninka im Regenwald – München leistet Soforthilfe 4
› „Zeltstadt mit Herz" – Aktiv für Haiti 6
› Kehraus bei der städtischen Straßenreinigung 6
› Umzüge im Sozialreferat 7
› 11. März 1811 – Das Tabakrauchen wird in München verboten 7
› Auch 2011 wächst die Zahl der Münchner Krautgärten 10
› Ausstellungsprojekt „Neuer Schmuck" im MaximiliansForum 11
› Abschlussveranstaltung zur Ausstellung „Starters" 12
› Filmreihe „Harlan: Vater und Sohn" im Filmmuseum 12
› Winterdienstbilanz für die Zeit vom 7. bis 8. März 13
Baustellen aktuell **15**
Antworten auf Stadtratsanfragen **16**
› Eingangsstempel im Sozialbürgerhaus – unerreichbar für die Betroffenen? 16
› Darlehen im SGB II – wie häufig sind sie in München? 19

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **22**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Sonntag, 13. März, 11 Uhr,
MaximiliansForum, Maximilianstraße/Unterführung Altstadtring
Eröffnung der Ausstellung „Neuer Schmuck“ mit Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers und der Kuratorin Olga Zobel Biro. Der Ausstellungsteil „Schönes Sammeln“ wird ergänzt mit Filmen, Performances und Diskussionen, die die Vielschichtigkeit und Bedeutung der Münchner Schmuckszene vermitteln. „Neuer Schmuck“ ist vom 13. bis 20. März täglich von 12 bis 21 Uhr geöffnet. Der Eintritt ist frei.
(Siehe auch unter Meldungen)

Sonntag, 13. März, 12 Uhr, Münchner Freiheit
Bürgermeister Hep Monatzeder spricht anlässlich der St. Patrick’s Day-Parade 2011. Der Festzug startet an der Münchner Freiheit und führt über die Leopold- und Ludwigstraße zum Odeonsplatz, wo nach den offiziellen Reden ein Musik- und Tanzprogramm stattfindet.

Sonntag, 13. März, 16.30 Uhr, Allerheiligen-Hofkirche
Oberbürgermeister Christian Ude spricht Grußworte zur Eröffnung der Woche der Brüderlichkeit.

Montag, 14. März, 10.30 Uhr, Schluderstraße 15 b
Stadtrat Marian Offman (CSU) gratuliert dem Münchner Bürger Hubert Hornberger im Namen der Stadt zum 100. Geburtstag.

Bürgerangelegenheiten

Mittwoch, 16. März, 19 Uhr,
Pfarrsaal St. Wolfgang, St.-Wolfgangs-Platz 9 (barrierefrei)
Sitzung des Bezirksausschusses 5 (Au - Haidhausen). Auf der Tagesordnung stehen auch Bürgerfragen.

Mittwoch, 16. März, 18.30 Uhr,
Kulturhaus Milbertshofen, Curt-Mezger-Platz 1 (barrierefrei)
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 11 (Milbertshofen - Am Hart) mit der Vorsitzenden Antonie Thomsen.

Mittwoch, 16 März, 19.30 Uhr,
Kulturhaus Milbertshofen, Curt-Mezger-Platz 1 (barrierefrei)
Sitzung des Bezirksausschusses 11 (Milbertshofen - Am Hart).

Mittwoch, 16. März, 17.30 bis 19 Uhr,
BA-Büro, Seidlvilla, Nikolaiplatz 1 b (barrierefrei)
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 12 (Schwabing - Freimann) mit dem Vorsitzenden Werner Lederer-Piloty.

Mittwoch, 16. März, 19 Uhr, Gaststätte „Bayerisches Schnitzel- und Hendlhaus", Limesstraße 63 (barrierefrei)
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 22 (Aubing - Lochhausen - Langwied) mit dem Vorsitzenden Dr. Josef Assal.

Mittwoch, 16. März, 19.30 Uhr, Gaststätte „Bayerisches Schnitzel- und Hendlhaus", Limesstraße 63 (barrierefrei)
Sitzung des Bezirksausschusses 22 (Aubing - Lochhausen - Langwied).

Meldungen

Neue Leiterin für das Filmfest München
(9.3.2011) Diana Iljine wird neue Chefin des Filmfests München. Dies hat heute der Aufsichtsrat der Internationalen Münchner Filmwochen GmbH unter Vorsitz von Oberbürgermeister Christian Ude auf Vorschlag der Gesellschafterversammlung beschlossen, die neun Bewerbern die Gelegenheit zu einer persönlichen Vorstellung gegeben hatte. Der Gesellschaft gehören die Landeshauptstadt München, der Freistaat Bayern, der Bayerische Rundfunk sowie die Spitzenorganisation der Filmwirtschaft an. Die ehemalige Filmeinkäuferin tritt ihr Amt noch in diesem Sommer, unmittelbar nach dem Filmfest 2011 an, das von 24. Juni bis zum 2. Juli stattfindet. Die Neubesetzung war notwendig geworden, nachdem Andreas Ströhl nach siebenjähriger erfolgreicher Arbeit als Chef des Filmfests neue berufliche Wege geht.
Diana Iljine kennt und liebt das Münchner Filmfest aus eigener Erfahrung. Über zehn Jahre hat sie während und nach ihrem Studium in diversen Positionen für das Filmfest gearbeitet.
Inzwischen ist ihr Blick auf die Filmwelt stark international geprägt. Sie hat als Filmeinkäuferin zuerst für RTL2 und dann für die ARD sowie als Beraterin für internationale Koproduktionen über viele Jahre hinweg alle bedeu-

tenden Filmfestivals und Messen der Welt bereist. Als Fachbuchautorin eines Standardwerks zum Thema Filmproduktion hat sie auch in der deutschen Film- und TV-Szene einen Namen und gilt in der Branche als sehr gut vernetzt. Die gebürtige Frankfurterin (46) kommt aus einer kosmopolitischen Familie und lebt und arbeitet – nach Stationen in Moskau, Paris, Hamburg und Köln – seit fast 20 Jahren in München.
Die künftige Festival-Chefin möchte das internationale Renommee des Filmfestes ausbauen sowie das junge Publikum noch stärker für das Filmfest begeistern. München ist nach wie vor die Heimatstadt der wichtigsten Produzenten. „Wenn man sich die Produktionszahlen anschaut, gehört die bayerische Landeshauptstadt in Deutschland zur Spitze. Das hiesige Filmfest ist das zweitgrößte in Deutschland. München hat eine hervorragende Filmhochschule und eine ehrgeizige und engagierte Filmförderung. Das birgt viel Potenzial für eine kreative Weiterentwicklung unseres Filmfestes", so die designierte neue Leiterin.
Oberbürgermeister Ude freut sich für das Münchner Filmfest, dass „mit Diana Iljine eine ausgewiesene Filmfachfrau gewonnen werden konnte. Sie wird den Filmstandort München erstklassig repräsentieren und durch eigene Akzente bereichern."
Staatsminister Georg Fahrenschon betont: „Mit Frau Iljine ist es uns gelungen, eine international erfahrene Managerin und Filmspezialistin zu holen, die die ausgezeichnete Arbeit von Andreas Ströhl und seinem Team fortsetzen und weiterentwickeln kann."
BR-Intendant Ulrich Wilhelm: „Mit Diana Iljine darf sich das Filmfest auf eine engagierte Filmliebhaberin freuen, deren Schwerpunkte eine interessante Mischung aus internationalen Angeboten und heimischen Produktionen sein wird. Aufgrund ihrer guten internationalen Vernetzung wird sie für ein interessantes und spannendes Filmangebot stehen. Der Bayerische Rundfunk freut sich auf die zukünftige Zusammenarbeit."
Ein Foto von Diana Iljine steht unter *www.muenchen.info/pia/img/Pressefoto1.jpg* zum Download bereit.

Naturkatastrophe bedroht Asháninka im Regenwald – München leistet Soforthilfe

(9.3.2011) Ungewöhnlich starker Regen in den Urwaldregionen Rio Ene und Tambo im zentralen Regenwald Perus hat unter anderem die Flüsse Ene und Tambo in wenigen Tagen um mehr als zehn Meter ansteigen lassen. Von den Überschwemmungen betroffen sind mehr als 20 Dörfer der Asháninka, eines indigenen Volkes, mit dem die Landeshauptstadt München seit 14 Jahren eine enge Partnerschaft pflegt. Wie Jhenny Munoz Hilares, Stadträtin in der Provinz Satipo in einer E-Mail mitteilt, gibt es

mehrere Verletzte. Die materiellen Verluste nannte sie immens: „Die Wucht der Wassermassen hat Holzhäuser und Schulen weggeschwemmt." Der wenige Hausrat sowie Werkzeuge gingen verloren, die Ernte ist fast vollständig zerstört. Mehr als 5.000 Menschen der Völker der Asháninka und der Nomatisguenga sind von Obdachlosigkeit betroffen. Sofort nach Bekanntwerden der Ausmaße der Naturkatastrophe hat die Landeshauptstadt München sich zu einer Spende entschlossen. „In einem ersten Schritt werden wir 5.000 Euro bereitstellen", sagte Bürgermeister Hep Monatzeder. Die in seinem Büro angesiedelte Stelle für internationale Angelegenheiten orga-nisiert die Münchner Hilfe gemeinsam mit der Fachstelle Agenda21-Koordination Eine Welt am Referat für Gesundheit und Umwelt, wo die Partnerschaft fachlich betreut wird. Monatzeder und Joachim Lorenz, Referent für Gesundheit und Umwelt, bitten nun die Münchner Bevölkerung, den Partnerinnen und Partnern aus Peru für den langfristigen Wiederaufbau solidarisch zur Seite zu stehen.
Am Samstag, 26. Februar, erreichten die ersten Informationen über den ansteigenden Wasserpegel der Flüsse die Verantwortlichen in der Provinzhauptstadt Satipo. Kurz darauf startete eine konzertierte Rettungsaktion. Seither sind Helferinnen und Helfer des Katastrophenschutzes der Provinz Satipo im Einsatz und verteilen Decken, Nahrungsmittel sowie Medikamente. „Die humanitäre Hilfe ist rasch aufgebaut worden", sagt Lorenz. „Besonders wichtig ist aber die langfristige Hilfe. Die Flüsse haben alles Hab und Gut mitgerissen. Jetzt ist unsere Solidarität gefragt, um die Asháninka beim Wiederaufbau der Dorfgemeinschaften zu unterstützen." Denn: „Mit großem Engagement schützen die Asháninka den Regenwald Amazoniens und versuchen die katastrophalen Auswirkungen der Zerstörung, die auch uns Europäer betrifft, einzudämmen." Für den Wiederaufbau von Privatunterkünften und öffentlichen Einrichtungen wie beispielsweise Schulen ist über die Initiative Nord Süd Forum München e.V. ein Spendenkonto eingerichtet worden. „Insgesamt wird eine Summe von 10.000 bis 15.000 Euro nötig sein, damit die Asháninka auf lange Sicht ihre Dörfer wieder aufbauen können", schätzt Lorenz. Statt mit einer Geldspende kann den Asháninka auch beim nächsten Einkauf geholfen werden.

Faire Schokolade und fairer Kaffee

In der Landeshauptstadt werden die München-Schokolade und der München-Kaffee angeboten. Beides sind fair gehandelte Produkte, an deren Verkaufserlös die Asháninka beteiligt sind. Die Produkte unterstützen Kleinbauern, die für ihren Kaffee und ihren Kakao einen fairen Lohn erhalten. Bei der Schokolade und beim Kaffee fließen zudem fünf Cent pro verkauftem Stück in Projekte zum Schutz des Regenwaldes. Kaffee und Scho-

kolade sind vom Nord Süd Forum München e.V. entwickelt worden und werden im Fairkauf Handelskontor eG (Brecherspitzstraße 8), im Weltladen (Weißenburger Straße 8) und im EineWeltHaus München (Schwanthaler Straße 80) verkauft.

Partnerschaft für den Klimaschutz

Die seit 1997 währende Projektpartnerschaft zwischen München und den Asháninka hat ihren Ursprung in der Mitgliedschaft Münchens im Europäischen Klimabündnis, einem Zusammenschluss von mehr als 1.500 europäischen Kommunen. Sie haben sich das Ziel gesetzt, klimaschädliche Treibhausgase zu reduzieren und die Regenwälder im Amazonasbecken zu erhalten. Lorenz ist Vorsitzender im zehnköpfigen Vorstand des Klimabündnisses.

Spendenkonto: Nord Süd Forum München e.V., Konto: 8833100, Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 70020500, Stichwort: Hochwasserkatastrophe Asháninka. Für eine Spendenquittung müssen Name und Anschrift angeben werden.

„Zeltstadt mit Herz" – Aktiv für Haiti

(9.3.2011) Nach dem verheerenden Erdbeben in Haiti im Januar 2010 hat der Münchner Stadtrat schnell reagiert und 100.000 Euro Soforthilfe für den Wiederaufbau zur Verfügung gestellt. Wie diese und die zahlreichen weiteren Spenden für Haiti verwendet wurden, darüber informieren nun 13 Münchner Hilfsorganisationen am 11. März, von 10 bis 17 Uhr in der „Zeltstadt mit Herz" auf dem Marienplatz. Mit Filmbeiträgen und Ausstellungen präsentieren sie ihre Arbeit vor Ort, berichten über die Zusammenarbeit der Hilfsorganisationen untereinander sowie über Hintergründe dieses besonderen Einsatzes und Zukunftsaussichten.

Die beteiligten Organisationen sind: Apotheker ohne Grenzen Deutschland e.V. – Ärzte der Welt e.V. – Erzdiözese München-Freising in Zusammenarbeit mit Misereor und Caritas international – Freundeskreis Haiti Deutschland – Handicap International e.V. – Humedica e.V. – Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. – Kindernothilfe München e.V. – LandsAid e.V. – MHW Deutschland e.V. – NAVIS e.V. – THW, Bundesanstalt Technisches Hilfswerk – 4C2PZ im Zeichen von „Feed a child". Schirmherr der Veranstaltung ist Oberbürgermeister Christian Ude.

Kehraus bei der städtischen Straßenreinigung

(9.3.2011) Während der tollen Tage hatten die Männer der städtischen Straßenreinigung wieder alle Hände voll zu tun, um die Fußgängerbereiche in der Innenstadt vom Faschingsmüll zu befreien. So wurden in der Fußgängerzone vom Faschingssonntag bis einschließlich Faschingsdienstag ins-

gesamt rund sieben Tonnen Partymüll (2010: sechs Tonnen, 2009: vier Tonnen) abtransportiert. Allein vom Viktualienmarkt, wo das lustige Treiben der Marktfrauen stattfand, wurden am gestrigen Faschingsdienstag insgesamt zirka acht Tonnen (2010: sieben Tonnen, 2009: fünf Tonnen) entsorgt. Die Arbeitseinsätze wurden mit bis zu 35 Mitarbeitern durchgeführt und dauerten bis Mitternacht. Am Faschingsdienstag kamen vier Großkehrmaschinen, acht Kleinkehrmaschinen, drei Lkw-Kipper sowie Kleintraktoren zur Kehrichtsammlung zum Einsatz.

Umzüge im Sozialreferat

(9.3.2011) Teile des Sozialbürgerhauses Pasing („Wirtschaftliche Jugendhilfe", „Vermittlungsstelle", „Psychologischer Dienst", „Interne Fachberatung bei Verdacht auf sexuelle Kindesmisshandlung", „Kindertagesbetreuung" und Teile der Bezirkssozialarbeit) sind vom 15. bis 18. März aufgrund interner Umzüge nur eingeschränkt unter ihren Telefonnummern erreichbar.
Die Dienststellen sind aber über die Infothek des Sozialbürgerhauses Pasing zu erreichen, Telefon 2 33-9 68 04, Landsberger Straße 486, E-Mail: sbh-pasing.soz@muenchen.de
Auch im Stadtjugendamt kommt es zu Umzügen: Am 15. März verlassen die Aufgabenbereiche „Auswärtige Pflege", „Adoption", „Koordination der Bereitschaftspflegen" sowie „Gruppen-/Elterarbeit" den Standort am Elisenhof in der Prielmayerstraße 1 und ziehen an den Standort in der Severinstraße 2 (Ostfriedhof). Ab 16. März ziehen die Bereiche „Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge", „Junge Erwachsene" und „Wirtschaftliche Jugendhilfe" innerhalb des Elisenhofs um. Aus diesem Grund sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Bereiche in der Zeit vom 14. März bis 25. März nur eingeschränkt erreichbar, in dringenden Angelegenheiten aber unter der Telefonnummer 2 33-4 97 23.

11. März 1811 – Das Tabakrauchen wird in München verboten

(9.3.2011) Seit dem Juli 2010, als ein bayernweit durchgeführter Volksentscheid sich für ein ausnahmsloses Rauchverbot in der Gastronomie aussprach, gilt in Bayern das strengste Rauchverbot in der Bundesrepublik. Sämtliche Münchner Wahlbezirke entschieden sich für ein Ja zum Nichtraucherschutz. 61,1 Prozent derjenigen Münchner Wählerinnen und Wähler, die am Volksentscheid teilnahmen, hatten gegen das Rauchen in Gaststätten, Kneipen und Bierzelten gestimmt. Doch Freunde des öffentlichen Tabakrauchens haben es nicht erst seit letztem Jahr schwer.
Das Rauchen von Tabak, das sich in Deutschland während des 30-jährigen Krieges verbreitet hatte, wurde von Anfang an kritisch gesehen; ein wesentliches Argument war dabei die von unvorsichtigen Rauchern ausge-

hende Feuergefahr. Auch in München versuchte man der neuen Mode des Pfeife-Rauchens, die vor allem ein Vorrecht der höheren Stände sein sollte, immer wieder Einhalt zu gebieten. So erging etwa Ende September 1656 nicht zum ersten Mal ein „ernstlicher" Befehl des Kurfürsten an den Stadtrat, das „Tabaktrinken" endlich abzustellen. Sollte dem nicht Folge geleistet werden, so war der Kurfürst entschlossen, mit empfindlichen Strafen gegen den Stadtrat selbst vorzugehen. Da die Stadtväter dieses Risiko doch nicht eingehen wollten, reagierten sie unverzüglich. Noch am gleichen Tag beschlossen sie, die Kramer auf das Verbot des Verkaufs von Tabak hinzuweisen. Amtsleute und Gerichtsdiener wurden aufgefordert, das Verbot auch durchzusetzen. Doch da sich echte Raucher auch damals nicht einfach davon abhalten ließen, ihrer Lust zu frönen, musste am 1. Februar 1662 erneut ein kurfürstlicher Erlass bemängeln, dass noch immer „öffentlich und in der Stille" Tabak verkauft und vom gemeinen Mann in Wirts- und Bräuhäusern, ja sogar auf der Gasse geraucht werde: „Mancher kommt in diesem Mißbrauch so weit, daß er meint, er könne nicht leben, wenn er die Pfeifen im Tag nicht etlichemal im Maul hat." Wiederum wurde die Schuld für diese Missstände dem Magistrat angelastet: Es liege am mangelnden Eifer der Obrigkeit.

1669 schließlich – alle Verbote hatten sich als nicht durchsetzbar erwiesen – schlug der Landtag vor, das Rauchverbot durch eine Steuer zu ersetzen, eine Einnahmequelle, die bis heute eine erhebliche Relevanz für die Steuereinnahmen hat. Im Dezember 1675 schließlich ging Kurfürst Ferdinand Maria noch einen Schritt weiter und erklärte durch ein Generalmandat den Tabakhandel zum landesherrlichen Regal; der Tabakhandel im Kurfürstentum wurde nun an Peter Bignami aus Piacenza verpachtet.

Schon 1692 thematisierten die bayerischen Landschaftsverordneten das Suchtpotential des Rauchens. Sie stellten fest, es gebe zahlreiche „Manns- und Weibspersonen", die so an den Tabak gewöhnt seien, dass er ihnen schon gleichsam als Nahrungsersatz diene.

Im März 1746 wurde der Tabak-Handel wieder freigegeben. Gegen die Bezahlung von 2 Gulden und 30 Kreuzer pro Zentner Tabak durfte jedermann damit handeln. Die Landschaft begrüßt diese Maßnahme: „Gott seye unendlichen Danckh gesagt, das doch die von denen Tobacschergen ausgeiebte unbeschreibliche Gottlosigkeiten einmahl ein End nemmen."

Am ***11. März 1811*** schließlich – vor 200 Jahren also – verbot König Max I. Joseph das öffentliche Rauchen von Tabak.[1] Er folgte damit dem Vorbild Berlins, wo schon 1810 ein Rauchverbot ausgesprochen worden war: „Da das öffentliche Tabakrauchen auf den Straßen und Promenaden ebenso unanständig als gefährlich ist und dem Charakter gebildeter, ordnungsvoller Städte entgegen ist, so wird dasselbe nicht nur für Berlin, sondern auch

für Charlottenburg und den Thiergarten hierdurch auf das strengste untersagt, und darf an den letztgenannten Orten nur vor den Türen der Häuser […] von dort sitzenden oder stehenden stattfinden."[2]
Langfristig ließ sich auch dieses Rauchverbot bei Münchens Männern nicht durchsetzen. Doch was für Männer galt, kam für Frauen noch längst nicht in Frage. Öffentlich rauchende Frauen empfand man als degoutante Provokation. So bemerkte etwa der Architekt Leo von Klenze abschätzig über Lola Montez, die angebliche spanische Tänzerin und Geliebte König Ludwigs I., sie rauche „den ganzen Tag wie ein Bootsknecht Tabak". Offensichtlich paffte Lola auch am letzten Tag ihres Aufenthalts in München – sie wurde am 11. Februar 1848 aus der Stadt gejagt –, denn Maximilian Graf von Arco-Zinnenberg las vor ihrem Haus in der Barer Straße den Stummel ihrer angeblich letzten Zigarette in München auf. Im Bewusstsein ein besonderes Souvenir ergattert zu haben, notierte er auf der bis heute erhaltene Zigarettenspitze: „Spanische Cigarre von Lola Montez/aus ihrem Hause/am Nachmittage Des/11ten Februar 1848/ als Erinnerung genommen" [3]
Waren Zigaretten unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkriegs eine Kostbarkeit, mit deren Hilfe man sich dringend benötigte Lebensmittel eintauschen konnte, so verbreitete sich die Gewohnheit des Rauchens im Nachkriegs-München bei Männern wie Frauen rasant. Im März 1955 berichtete die Stadtchronik: „Der Zigarettenkonsum steigt unaufhaltsam. Zwischen 80 und 90 Prozent aller in München verkauften Tabakwaren sind [...] Zigaretten. Im Vergleich zum Vorkriegsverbrauch hat sich damit die Zigarette eine absolute Vormachtstellung erobert. [...] Die passionierten Schmalzleranhänger gar scheinen auszusterben. Der Schnupftabak macht nur noch 0,5 Prozent des Gesamtumsatzes an Tabakwaren in München aus." Im Februar 1957 machte der Chronist auch Angaben zu Produktion und Handel: „Kürzlich ging eine Meldung durch die deutsche Presse, nach der im Wirtschaftsjahr 1955/56 ein absoluter Rekord des Tabakverbrauches erreicht worden sei. Für 45 Milliarden Zigaretten gaben die Bewohner der Bundesrepublik 5,2 Milliarden Mark aus. [...] Insgesamt sind etwa 300 Sorten Zigaretten auf dem Markt, 40 Prozent aller verkauften Zigaretten sind heute mit Filter versehen. Früher gab es in München allein 21 Betriebe, die Zigaretten herstellten. Heute wird der Raucher nur noch von fünf großen Firmen beliefert. 300 registrierte Fachhändler sind in München ansässig."
Doch auch in den 1950er Jahren fanden viele Münchnerinnen und Münchner das überall erlaubte und damit allgegenwärtige Qualmen keineswegs angenehm. 1961 bot ein Bürgerentscheid, bei dem die Münchner darüber abstimmten, ob in den Straßenbahnen künftig geraucht werden dürfe oder

nicht, den Rauchern Einhalt: „Vom Aschermittwoch an dürfen die Fahrgäste der Münchner Straßenbahn in den Anhängen nicht mehr rauchen. Eine Zwischenzählung der abgegebenen Stimmzettel ergab eine ‚überwältigende Mehrheit' für die Befürworter des Rauchverbots. Auf 85 Prozent der ausgewerteten 108.000 Stimmzettel war die Frage ‚Rauchen in der Straßenbahn?' mit einem eindeutigen Nein beantwortet. [...] Um keinen Fahrgast in Versuchung zu führen, werden die Aschenbecher, die in allen Anhängern des Münchner Wagentyps angebracht sind, schleunigst entfernt." (Zitat aus der Stadtchronik München, 10. Februar 1961).

[1] August Kluckhohn: Aus dem handschriftlichen Nachlasse Lorenz Westenrieders. Denkwürdigkeiten und Tagebücher, Seite 96.

[2] Georg Böse: Im blauen Dunst. Eine Kulturgeschichte des Rauchens, Stuttgart 1957, Seite 59

[3] Zitat nach der Internetseite des Münchner Stadtmuseums *www.stadtmuseum-online.de/archiv/lola5.htm*, ausgedruckt am 3. März 2011.

Auch 2011 wächst die Zahl der Münchner Krautgärten

(9.3.2011) Die Münchner Krautgärten bieten interessierten Münchnerinnen und Münchnern die Möglichkeit, sich mit erntefrischem Gemüse und Salat aus dem Eigenanbau zu versorgen. Hier erfüllt sich der Traum vieler Stadtbewohner nach einem eigenen kleinen Gemüsegarten.

Die Nachfrage nach den Münchner Krautgärten ist weiterhin sehr groß. Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung freut sich daher, den 16. Krautgartenstandort eröffnen zu können: Vom Referat für Stadtplanung und Bauordnung wird östlich der Blumenauerstraße und westlich der Kleingartenanlage an der Silberdistelstraße der neue Krautgartenstandort Blumenau eingerichtet. Hier sind die ersten Interessenten bereits gefunden, es sind aber noch zahlreiche Parzellen zu vergeben.

Auf einem Informationstreffen am Mittwoch, 16. März, um 19.30 Uhr in der Münchner Volkshochschule Pasing, Bäckerstraße 14, Raum 113, können sich an einer Krautgartenparzelle interessierte Bürgerinnen und Bürger alles genau erklären lassen und sich für eine Krautgartenparzelle bewerben. Hans Ernstberger vom Referat für Stadtplanung und Bauordnung und der vom Referat beauftragte Agrar-Ingenieur Siegfried Pschibul-Markgraf werden den Abend moderieren und Fragen beantworten. Weitere Informationen bei Hans Ernstberger, Telefon 2 33-2 61 46, im Referat für Stadtplanung und Bauordnung, Abteilung II/5 – Grün- und Freiraumplanung, Blumenstraße 28 b, 80331 München, Stichwort: Münchner Krautgärten.

Bei den Münchner Krautgärten handelt es sich um ein besonders erfolgreiches Projekt zum Schutz des Münchner Grüngürtels, einem Leitprojekt des Stadtentwicklungskonzepts „Perspektive München". Die Gemein-

schaftsaktion zwischen den „Grüngürtel-Bauern“ und der Stadtverwaltung München soll eine nachhaltige und damit zukunftsfähige Landwirtschaft im Münchner Grüngürtel bewahren und fördern. Auskünfte im Internet unter *www.muenchen.de* und weiter über die Suchbegriffe „Grüngürtel“ oder „Krautgärten“.

Ausstellungsprojekt „Neuer Schmuck“ im MaximiliansForum

(9.3.2011) Vom 13. bis 20. März wird im MaximiliansForum unter dem Titel „Neuer Schmuck“ kuratiert von der Galeristin Olga Zobel Biro, eine Ausstellung und ein Veranstaltungsprogramm über zeitgenössische Schmuckkunst gezeigt.

Der Ausstellungsteil „Schönes Sammeln“ präsentiert herausragende Werke zeitgenössischen Autorenschmucks aus Münchner Privatsammlungen von sechs Mitgliedern des Fördervereins „Neuer Schmuck e.V.“ Ausgewählte Arbeiten von Giampaolo Babetto bis Annamaria Zanella spiegeln die Vielseitigkeit zeitgenössischer Schmuckkunst wider. Filmvorführungen („München schmückt sich“ am 13. März und „Der Goldschmied“ am 15. März), Performances (Sonntag, 20. März) sowie ein Vortrag „Schmuck und Exzess“ (Dienstag, 15. März, 17 Uhr) und ein „Discursives Picnic“ am 18. März ergänzen das Projekt.

Mit dem Ausstellungsprojekt „Neuer Schmuck“ im MaximiliansForum bietet die Landeshauptstadt München neben der Ausstellung „Rebellen der Liebe“ in den Kunstarkaden (bis 26. März) in einem weiteren städtischen Kunstraum die Möglichkeit, ergänzend zur Schmuckschau der Internationalen Handwerksmesse (16. bis 22. März) die Vielschichtigkeit und Bedeutung der Münchner Schmuckszene zu erleben.

Olga Zobel Biro gibt für die beiden Ausstellungen „Rebellen der Liebe“ und „Neuer Schmuck“ am Mittwoch, 16. März, eine Führung (Beginn: 17 Uhr in den Kunstarkaden, Sparkassenstraße 3).

„Neuer Schmuck“ wird am Sonntag, 13. März, 11 Uhr mit Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers und der Kuratorin Olga Zobel Biro eröffnet. Zur Finissage am 20. März präsentieren die „Vorleserinnen“ (Katja Brenner, Sophie Engert, Vanessa Jeker) die Performance „Baby Bling Bling!“.

Das Ausstellungsprojekt „Neuer Schmuck“ ist vom 13. März bis 20. März täglich von 12 bis 21 Uhr im MaximiliansForum, Maximilianstraße/Unterführung Altstadtring geöffnet. Der Eintritt ist frei.

Nähere Informationen und das ausführliche Programm sind im Internet unter *www.maximiliansforum.de* ersichtlich.

Abschlussveranstaltung zur Ausstellung „Starters“

(9.3.2011) Am heutigen Mittwoch um 19 Uhr endet die Ausstellung „Starters – Performative Positionen“ in der lothringer13_halle mit der Lecture Performance „Building Better Worlds“ von Claus Richter.
Claus Richter zeigt, wie Hollywood Science-Fiction- und Fantasy-Welten konstruiert werden und wie dieses visuelle Angebot von Fans genutzt wird, um Elemente ihrer Lieblingsfilme von der fiktiven Leinwandwelt in die eigene Realität zu überführen. So rekonstruieren Fans etwa Waffen, Uniformen oder auch ganze Raumschiffe aus Science-Fiction-Klassikern wie Star Wars oder Aliens. Claus Richter zeigt Beispiele für diese Kontextverschiebungen und Grenzüberschreitungen. Außerdem erläutert er verschiedene Subsysteme der Fankultur. Der Vortrag wird begleitet von Fotos, kurzen Videoeinspielungen und einigen praktischen Beispielen von scheinbar real gewordener Fiktion.
„Building Better Worlds“ ist das Motto der fiktiven Weyland Yutani-Corporation aus Aliens. Im Film und in der virtuellen Welt errichtet die Corporation neue Siedlungen auf anderen Planeten – ähnlich wie die Fans solcher Filme, die sich das Medienangebot Hollywoods aneignen und nach ihren eigenen Bedürfnissen kreativ umwandeln.
In der Ausstellung „Starters“, dem Auftakt des neuen Kurators der lothringer13_halle, Felix Ruhöfer, wurden internationale, heute historische sowie aktuelle, lokale performative Positionen gegenübergestellt. Sieben internationale Künstlerinnen und Künstler (Vito Acconci, Chris Burden, Joan Jonas, Bruce Nauman, Martha Rosler, Carolee Schneemann, Hannah Wilke) zeigten vom 25. Februar bis 9. März eine exemplarische Auswahl früher performativer Positionen, die in den späten 1960er Jahren und frühen 1970er Jahren für die „neuen Medien“ Film und Video ausgelegt wurden.
Informationen auch unter *www.lothringer13.de* oder Telefon 4 48 69 61.

Filmreihe „Harlan: Vater und Sohn“ im Filmmuseum

(9.3.2011) Thomas Harlan, der Sohn Veit Harlans, Regisseur des NS-Propagandafilms „Jud Süss“, ist am 16. Oktober 2010 mit 81 Jahren gestorben. Die Filmreihe „Harlan: Vater und Sohn“ im Filmmuseum im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, zeigt vom 11. März bis 2. April 15 Programme mit Filmen von ihm und seinem Vater, Filme über ihn und seinen Vater sowie zwei Filme anderer Regisseure, die auf denselben Stoffen basieren, die Veit Harlan als Vorlage dienten. Außerdem wird am 20. März um 17.30 Uhr in einer Hörspielfassung das letzte Werk von Thomas Harlan vorgestellt, das Buch „Veit“.

Thomas Harlan (geboren 1929 in Berlin) wanderte nach einem Philosophiestudium nach Frankreich aus. 1953 veröffentlichte er sein erstes Theaterstück „Bluna“ und bereiste die Sowjetunion, 1955 folgten die ersten Gedichte in deutscher Sprache. Harlan wurde Mitautor am Drehbuch von „Der Fall Dr. Sorge/Verrat an Deutschland“ unter der Regie von Veit Harlan (18. März um 18.30 Uhr). Gemeinsam mit Klaus Kinski und Jörg Henle gründete Harlan 1958 das „Junge Ensemble“ in Berlin. Die Uraufführung seines Theaterstücks „Ich selbst und kein Engel – Chronik aus dem Warschauer Ghetto“ wurde zum Skandal (Sonntag, 20. März, um 17.30 Uhr). Thomas Harlan wurde schließlich ein weltweit operierender Revolutionär. Er schloss sich der italienischen Lotta Continua an, kämpfte gegen Pinochet in Chile und feierte in seinem Film „Torre Bela“ die portugiesische Nelkenrevolution, mit der die faschistische Diktatur abgelöst wurde (29. März um 18.30 Uhr). Sein Film „Wundkanal“ über einen der obersten SS-Führer entstand 1984 in Frankreich – Harlan nannte es eine „Hinrichtung für vier Stimmen“. Mit dem Tribunal sollte auch an einen anderen SS-Mann erinnert werden, an den ehemaligen Untersturmführer Hanns Martin Schleyer, den die RAF 1977 entführte und ermordete (15. März um 21 Uhr).
Im Dokumentarfilm „Thomas Harlan – Wandersplitter“ (2006) porträtieren die Filmemacher Christoph Hübner und Gabriele Voss den schon schwer kranken Mann, der sehr bildhaft von seinem Leben und dem Verhältnis zu seinem Vater erzählt. (19. März um 18.30 Uhr).
Alle Titel und Termine finden sich im Programmheft des Filmmuseums und im Internet unter *www.filmmuseum-muenchen.de.* Pressefotos können auf Anfrage unter 2 33-2 05 38 gerne zugeschickt werden. Der Eintritt kostet 4 Euro, ermäßigt 3 Euro. Telefonische Kartenvorbestellungen sind unter 2 33-9 64 50 möglich.

Winterdienstbilanz für die Zeit vom 7. bis 8. März
(9.3.2011) Hier die aktuellen Winterdienst-Zahlen:
Montag, 7. März:
Einsatzzahlen:
Personal: 19 Fahrzeuge: 12
Streuguteinsatz:
Salz: - Splitt: -
Kosten des Einsatztages: 37.531,20 Euro
Dienstag, 8. März:
Einsatzzahlen:
Personal: 20 Fahrzeuge: 11

Streuguteinsatz:
Salz: - Splitt: -
Kosten des Einsatztages: 37.443,20 Euro
Bisherige Bereitschaftstage: 15
Bisherige Einsatztage: 113
Bisher aufgelaufene Kosten im Winter 2010/2011: 19.852.131,67 Euro

Landeshauptstadt
München
Baureferat

Baustellen aktuell

Mittwoch, 9. März 2011

Mittlerer Ring Südwest
Heckenstallerstraße / Passauerstraße
Verkehrsumlegung am 15. März 2011
Im Zuge der Tunnelbauarbeiten ist eine Verkehrsumlegung am Knoten Heckenstallerstraße / Passauerstraße erforderlich.

Bisher konnte der Verkehr im Zuge des Mittleren Rings die Passauerstraße kreuzungsfrei unterqueren. Da dieser Bereich jedoch nach Fertigstellung des Tunnels das Portal des Heckenstallertunnels sein wird, ist eine Verkehrsumlegung für die weitere Bauzeit notwendig. Diese ist bereits im Planfeststellungsbeschluss enthalten und wird nun entsprechend dem Baufortschritt in Abstimmung mit dem Kreisverwaltungsreferat und der Polizei umgesetzt.

Ab Dienstag, 15. März 2011
wird der Verkehr der südlichen Fahrbahn des Mittleren Rings von Westen nach Osten statt durch die Unterführung nun über die ampelgeregelte Kreuzung mit der Passauerstraße geführt.
Im Zuge des Mittleren Rings stehen vor der Kreuzung Passauerstraße vier Fahrspuren (eine Linksabbiegerspur stadteinwärts, zwei Geradeausspuren über die Kreuzung und eine Geradeaus-/Rechtsabbiegerspur) zur Verfügung. Nach der Kreuzung stehen in Richtung Brudermühltunnel drei Fahrspuren zur Verfügung.
Diese Verkehrsführung auf der Südseite der Kreuzung Heckenstallerstraße / Passauerstraße wird bis zur Verkehrsfreigabe des Tunnels Ende 2015 bestehen bleiben.
Gleichzeitig wird die Rampe von der Passauerstraße zur Heckenstallerstraße Richtung Westen gesperrt, sodass ein Abbiegen von der Passauerstraße in die Heckenstallerstraße Richtung Luise-Kiesselbach-Platz nicht mehr möglich ist.

Am Mittwoch, 9. März 2011 / 09.00 Uhr
wurde bereits die südliche Ausfahrtsrampe der Heckenstallerstraße (Fahrtrichtung Osten) zur Passauerstraße gesperrt, um die vorbereitenden Arbeiten für die Verkehrsumstellung durchführen zu können.

Informationen zu laufenden Baumaßnahmen mit Verkehrseinschränkungen finden Sie im Internet unter
http://www.muenchen.de/baustellen

Herausgeberin: Landeshauptstadt München, Baureferat TZ / K, Baustellenkoordinierung
Telefon: (089) 2 33-6 00 50, Telefax: (089) 2 33-6 00 55, E-Mail: baustellen.bau@muenchen.de

Antworten auf Stadtratsanfragen

Mittwoch, 9. März 2011

Eingangsstempel im Sozialbürgerhaus – unerreichbar für die Betroffenen?
Anfrage Stadträtin Dagmar Henn (Die Linke) vom 2.2.2011

Antwort Sozialreferentin Brigitte Meier:

Nach Ihrer Information erhalten Kundinnen und Kunden beim Einreichen von Unterlagen oder Dokumenten bei den Infotheken der Sozialbürgerhäuser keine ausreichende Bestätigung zum Nachweis der Abgabe.

Zu Ihrer Anfrage vom 02.02.2011 nimmt das Sozialreferat im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters im Einzelnen wie folgt Stellung:

Frage 1:
Gibt es eine Dienstanweisung, wie entgegengenommene Unterlagen bestätigt werden, und wie lautet diese?

Antwort:
Es gibt eine Dienstanweisung, welche am 01.11.2008 in Kraft getreten ist. Sie regelt den Empfang von Schriftstücken in den Sozialbürgerhäusern.

Frage 2:
Trifft es zu, dass eine Bestätigung der Entgegennahme eines spezifischen Dokuments nur noch durch die Sachbearbeitung möglich ist?

Antwort:
Bürgerinnen und Bürgern wird auf Wunsch bei Entgegennahme von Unterlagen bzw. Schriftstücken durch die Infothek der Erhalt der Schriftstücke, Kuverts etc. bestätigt.
Ist eine exakte inhaltliche Bestätigung gewünscht, so erfolgt die Bestätigung durch die zuständige Sachbearbeiterin bzw. den zuständigen Sachbearbeiter. Dies kann auch ohne vorherige Terminvereinbarung bei der Sachbearbeitung geschehen, die Kundin bzw. der Kunde muss jedoch hierbei mögliche Wartezeiten in Kauf nehmen und wird darauf auch hingewiesen. Durch Terminvereinbarung werden Wartezeiten vermieden.

Für Kundinnen und Kunden des SGB II wird es durch die Bildung des Jobcenters zur Einführung von Eingangszonen kommen.

Frage 3:
Warum wurde die Praxis geändert?

Antwort:
Im Rahmen der Bürgerfreundlichkeit können auf die Weise Wartezeiten für die Kundinnen und Kunden, die ohne Terminvereinbarung Unterlagen bzw. Schriftstücke gegen Bestätigung einreichen wollen, verhindert werden.

Frage 4:
Werden in den Sozialbürgerhäusern noch Sanktionen verhängt, die mit nicht eingereichten Unterlagen begründet werden? Auf welche Art und Weise können die von solchen Sanktionen Betroffenen belegen, dass sie die Unterlagen eingereicht haben?

Antwort:
Wer Sozialleistungen beantragt oder erhält, hat die erforderlichen Beweismittel vorzulegen (§ 60 Abs.1 Nr. 3 SGB I). Kommt derjenige, der Sozialleistungen beantragt hat oder erhält, seiner Mitwirkungspflicht nicht nach, kann der Sozialleistungsträger die Leistung ganz oder teilweise versagen (§66 Abs. 1 SGB I). Dies kann erfolgen, wenn z.B. zur Entscheidung benötigte Unterlagen nicht vorgelegt bzw. eingereicht werden.

Der Nachweis, die erforderlichen Unterlagen vollständig eingereicht zu haben, kann nur durch eine Bestätigung der Sachbearbeitung erfolgen.

Frage 5:
Wurden technische Alternativen zu einer Terminvereinbarung mit dem Sachbearbeiter (z.B. internes Fax mit Faxbestätigung in Selbstbedienung) überprüft?

Antwort:
Nein, dies ist aus unserer Sicht nicht erforderlich. Sendeprotokolle werden bei erfolgreichem Versand in der Regel vom absendenen Fax erstellt.

Frage 6:
Erwächst durch die Verzögerung keine unzulässige Benachteiligung für den Kunden (§ 16 Abs. 3, insbesondere § 17 Abs. 1 SGB I in Verbindung mit § 29 Abs. 1 SGB X)?

Antwort:
Nein. Leistungen nach dem SGB II und Leistungen nach dem SGB XII (Ausnahme SGB XII Kapitel 4) werden ab dem Antragsdatum und nicht nach dem Datum des vollständigen Eingangs von Unterlagen (§ 37 Abs. 2 SGB II, § 18 Abs.1 SGB XII) gewährt. Leistungen nach dem SGB XII Kapitel 4 werden in der Regel ab dem Ersten des Monats gewährt, in dem der Antrag gestellt wurde (§ 44 Abs.1 Satz 2 SGB XII).

Darlehen im SGB II – wie häufig sind sie in München?
Anfrage Stadträtin Dagmar Henn (Die Linke) vom 3.2.2011

Antwort Sozialreferentin Brigitte Meier:

In Ihrer oben genannten Anfrage verweisen Sie auf einen Bericht der Süddeutschen Zeitung vom 01.02.2011, nach dem die Zahl der ALG II-Bezieherinnen und -Bezieher, die ein Darlehen zur Deckung eines unabweisbaren Bedarfs in Anspruch nehmen, kontinuierlich zunimmt und sich seit 2006 verdoppelt hat.

Zunächst darf darauf hingewiesen werden, dass ein Darlehen nach § 23 Abs. 1 SGB II bewilligt wird, wenn im Einzelfall ein von den Regelleistungen umfasster und nach den Umständen unabweisbarer Bedarf zur Sicherung des Lebensunterhaltes weder durch das Vermögen nach § 12 Abs. 2 Nr. 4 SGB II (= Vermögensfreibetrag für notwendige Anschaffungen in Höhe von 750,00 Euro pro Person in der Bedarfsgemeinschaft) noch auf andere Weise gedeckt werden kann. Von der Regelleistung umfasst sind nicht nur laufende Ausgaben wie die Kosten für Ernährung, Körperpflege oder Strom, sondern auch die Aufwendungen für den Nachersatz von Bekleidung, Möbeln oder Haushaltsgeräten. Für diese Bedarfe müssen Ansparungen getroffen werden. Ist dies nicht geschehen, wird z.B. für den Kauf eines neuen Kühlschrankes ein Darlehen gewährt.

Zu Ihrer Anfrage vom 03.02.2011 nimmt das Sozialreferat als Betreuungsreferat für das Jobcenter München im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters im Einzelnen wie folgt Stellung:

Frage 1:
Wie viele Bezieher und Bezieherinnen von ALG II haben im vergangenen Jahr in München ein Darlehen für nötige Anschaffungen beantragt? Wie viele haben es erhalten?

Antwort:
Im Jobcenter München stehen nur die Daten für die Monate Oktober 2010 bis Januar 2011 zur Verfügung. Dabei werden in der IT nur die Daten über Darlehen, die tatsächlich ausbezahlt wurden, erfasst. Zahlen über die Anträge auf Bewilligung eines Darlehens nach § 23 Abs. 1 SGB II liegen nicht vor. Wir gehen jedoch davon aus, dass solche Anträge, sofern der Bedarf nachweislich unabweisbar ist, in aller Regel bewilligt werden.

In den Monaten Oktober 2010 bis Januar 2011 wurden Darlehen in folgender Anzahl bewilligt: Oktober 2010: 58; November 2010: 80; Dezember 2010: 84; Januar 2011: 67.

Frage 2:
Wie haben sich die Zahl und Höhe der Darlehen seit der Einführung des ALG II entwickelt?

Antwort:
Zum Auswertungszeitraum und zur Anzahl der Darlehen siehe Antwort auf Frage 1. In den vergangenen vier Monaten lag die durchschnittliche Höhe der bewilligten Darlehen zwischen 310,00 Euro und 390,00 Euro.

Frage 3:
Ist bekannt, welche Gruppen von ALG II-Beziehern besonders auf solche Darlehen zurückgreifen müssen?

Antwort:
Am häufigsten nehmen Alleinstehende über 25 Jahren solche Darlehen in Anspruch, gefolgt von Alleinerziehenden über 18 Jahren mit einem Kind.

Frage 4:
Im Regelfall wird die Darlehensrückzahlung vom Regelsatz einbehalten. Liegen Erkenntnisse vor, welche Folgen das für die Betroffenen hat?

Antwort:
Nach den gesetzlichen Vorgaben wird das Darlehen durch eine monatliche Aufrechnung in Höhe von bis zu 10% der Regelleistungen getilgt. Es besteht kein Ermessen bezüglich der Aufrechnung, es kann jedoch ein niedrigerer Betrag als 10% der Regelleistungen aufgerechnet werden. Dadurch verlängert sich im Gegenzug der Zeitraum der Aufrechnung.
Unmittelbare Folge der Aufrechnung ist eine Verkleinerung des finanziellen Spielraums der Betroffenen, weitere Erkenntnisse über Auswirkungen von Aufrechnungen liegen uns jedoch nicht vor.

Frage 5:
Wie hoch kann der zur Rückzahlung einbehaltene Betrag maximal werden? Bleibt er bei mehreren gleichzeitig abzuzahlenden Darlehen gleich oder erhöht er sich?

Antwort:
Sofern im seltenen Einzelfall mehrere Darlehen nach § 23 Abs. 1 SGB II zu tilgen sind, werden maximal 30% der Regelleistungen aufgerechnet und damit drei Darlehen parallel getilgt. Der Betrag entspricht der Minderung bei einer ersten Pflichtverletzung.
Falls in dem Einzelfall bereits Sanktionen ausgesprochen wurden oder schon eine Aufrechnung nach der Rückforderung von zu Unrecht erhaltenen Leistungen erfolgt, ist dies zu berücksichtigen. In einem solchen Fall wird geprüft, ob die Gewährung von Stiftungsmitteln möglich ist. Dies gilt auch, wenn über eine sehr lange Zeit Aufrechnungen durchgeführt wurden und deshalb über einen außergewöhnlich langen Zeitraum nur verminderte Leistungen zur Verfügung standen.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Mittwoch, 9. März 2011

Bürgerschaftliches Engagement stärken, nicht verhindern – Sonnwendfeuer an der Sipplinger Straße nicht unmöglich machen!
Antrag Stadtrat Josef Schmid (CSU)

Lärmschutz mit Photovoltaik
Antrag Stadtrat Josef Schmid (CSU)

Platznot im Oskar-von-Miller-Gymnasium und die Stadt schaut seit Jahren zu!
Städtische Zusagen ohne Wert?
Anfrage Stadtrat Richard Quaas (CSU)

Sprachliche Gleichstellung umfassend umsetzen
Antrag Stadtrats-Mitglieder Siegfried Benker, Gülseren Demirel, Lydia Dietrich und Jutta Koller (Bündnis 90/Die Grünen)

Mehr Jugendräume für die Messestadt Riem!
Antrag Stadtrat Orhan Akman (Die Linke)

Ermittlungsstand zum Verschwinden des historischen Gedenkstein vom Waldfriedhof
Anfrage Stadtrat Johann Altmann (Freie Wähler)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

CSU
Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

CSU-Stadtratsfraktion
Rathaus, Marienplatz 8, Zimmer 249/II
80331 München
Tel.: 089 / 233 92650
Fax.: 089 / 29 13 765
Email: csu-fraktion@muenchen.de
www.wzim.de

09.03.11

Antrag zur dringlichen Behandlung
im Bauausschuss am 29.03.2011

Bürgerschaftliches Engagement stärken, nicht verhindern – Sonnwendfeuer an der Sipplinger Straße nicht unmöglich machen!

1. Die Verwaltung wird beauftragt darzulegen warum nach Jahren vom Verein Kultur am Westkreuz e.V. nun erschwerte Auflagen für die Durchführung des Johannisfeuers verlangt werden.

2. Die Verwaltung wird beauftragt darzustellen, mit welchen Maßnahmen seitens der Stadt die Durchführung des Festes ermöglicht werden kann und somit das ehrenamtliche Engagement weiter geführt und unterstützt werden kann.

Begründung:
Seit 2004 veranstaltet der Verein Kultur am Westkreuz e.V. auf dem Freizeitgelände an der Sipplinger Straße zur Sonnwende ein Johannisfeuer, aus dem sich ein Stadtteilfest mit vielen Aktionen und Besuchern entwickelt hat – bisher unbeanstandet.

Nun ist der Verein vom Baureferat informiert worden, dass künftig strengere Kriterien zu erfüllen sind. Bisher haben die freiwilligen Helferinnen und Helfer mit großem ehrenamtlichen Einsatz den Rasen abgetragen, ihn ordentlich gelagert, wieder zurück gebaut und von der Aubinger Feuerwehr befeuchten lassen. Daneben haben sie in einer „Ramadama-Aktion“ Spielfeld und Umfeld gereinigt. Die Feuerwehr bestätigt, dass der Platz bestens geeignet ist.

Nun werden zusätzliche Kriterien wie Feuerschalenbau, Sandaufschüttungen u.a. gefordert. Auflagen dieser Art überfordern jedoch die Kräfte und Möglichkeiten der freiwilligen Helferinnen und Helfer. 2010 konnte das Fest noch mit einer Ausnahmegenehmigung statt finden, für 2011 steht es aufgrund der neuen Auflagen auf der Kippe.

Während die Stadt einerseits ehrenamtliches Engagement mit diversen Initiativen fördern will, wirft sie bestehenden Aktionen „Knüppel vor die Füße“. Ehrenamtliches Engagement ist gesellschaftspolitisch gewünscht und muss unterstützt und nicht erschwert werden!

gez.
Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

CSU-Stadtratsfraktion
Rathaus, Marienplatz 8, Zimmer 249/II
80331 München
Tel.: 089 / 233 92650
Fax.: 089 / 29 13 765
Email: csu-fraktion@muenchen.de
www.wzim.de

ANTRAG
09.03.11

Lärmschutz mit Photovoltaik

1. Dem Stadtrat wird das Projekt einer Lärmschutzwand mit Photovoltaik-Modulen in Neumarkt/Oberpfalz vorgestellt. Dabei wird auch die Finanzierung und Wirtschaftlichkeit dargestellt.

2. Dem Stadtrat wird berichtet, ob ausgehend von den bisherigen Versuchen in München und dem Neumarkter Modell weitere Einsatzmöglichkeiten in München bestehen, sei es an belasteten S-Bahn-Strecken, sei es an Autobahnen oder Hauptverkehrsstraßen.

Begründung:
In Neumarkt sollen die Anwohner eines Stadtteils durch einen neuen Wall vor dem Lärm der Bahnlinie geschützt werden. Die Lärmschutzwand wiederum wird mit Photovoltaik-Modulen versehen. So will man mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen: Die Geräusche der frequentierten Bahnstrecke Nürnberg-Regensburg werden gedämpft, Öko-Strom wird produziert und offenbar soll sich die Anlage auf diese Weise auch rentieren.

Es gab in München bereits einige Initiativen, um Lärmschutz und Photovoltaik zu verbinden, u.a. im Zusammenhang mit einem Dringlichkeitsantrag der CSU-Stadtratsfraktion von 2004 für eine photovoltaische Einhausung am Isarring. Der Antrag, dem ein Gutachten zur Verwirklichung zugrunde lag, wurde jedoch von der Verwaltung verworfen.

Daher gibt es in München unseres Wissens nur eine Photovoltaik-Anlage, die im Zusammenhang mit einer Lärmschutzbebauung steht. Sie befindet sich von außen an der Lärmschutzwand der Candidbrücke. Auf einer großen Informationstafel können die Bürgerinnen und Bürger sehen, wie viel Strom produziert und wie viel CO2 eingespart wird.

Für den Stadtrat ist es daher interessant, zum einen einen Bericht über die Anlage am Candidplatz zu bekommen, der auch die Wirtschaftlichkeit der Anlage einbezieht, zum anderen das Neumarkter Projekt kennen zu lernen und zu erfahren, warum und wie ein Projekt dort offenbar wirtschaftlich betrieben werden kann, während die Versuche in München bisher von wenig Erfolg gekrönt waren.

gez.
Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

Richard Quaas

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANFRAGE
09.03.11

Platznot im Oskar-von-Miller-Gymnasium und die Stadt schaut seit Jahren zu! Städtische Zusagen ohne Wert?

Seit Jahren „platzt“ das Oskar-von-Miller-Gymnasium in Schwabing „aus allen Nähten“. Längst müssten vorhandene Erweiterungsmöglichkeiten im Haus genutzt und baulich umgesetzt sein. Jedes Jahr müssen weitere neue Eingangsklassen gebildet werden – im Jahr 2010, sechs 5. Klassen mit 160 Schülerinnen und Schülern! – doch die Stadt als Sachaufwandsträger lässt sich Zeit, viel Zeit. Seit Jahren wird der Ausbau des vorhanden Dachgeschosses gefordert und beantragt, bis Frühjahr 2010 war ein Untersuchungsauftrag, als Vorbereitung für einen Projektantrag im Stadtrat, für die Maßnahme der Schule angekündigt, aber bis heute ist nichts geschehen. Die nächste Einschreibungsrunde steht bevor und es ist zu erwarten, dass die Zahlen der Vorjahre wieder erreicht, wenn nicht gar überschritten werden. Ein Aussitzen dieses Problems auf dem Rücken der Kinder und Lehrkräfte zeugt nicht von verantwortlichem Handeln und widerspricht den permanenten Jubelmeldungen von Rot-Grün und der Stadtverwaltung zu den angeblichen Erfolgen und Fortschritten der Schulstadt München. Hier sind endlich Taten gefordert und keine leeren Versprechungen!

Ich frage deshalb den Oberbürgermeister:

1. Bis wann wird die für Frühjahr 2010 gemachte Zusage eines Untersuchungsauftrages für den dringend notwendigen Ausbau des Dachgeschosses des Oskar-von-Miller-Gymnasiums, um die eklatante Raumnot zu lindern, endlich in die Tat umgesetzt?
2. Bis wann ist mit einer Stadtratsvorlage zur Umsetzung eines Baubeschlusses für den Dachausbau des OvMG zu rechnen?
3. Bis wann könnte nach einem positiven Stadtratsbeschluss spätestens endlich mit der Baumaßnahme zur Behebung der Raumnot im OvMG begonnen werden?

gez.
Richard Quaas, Stadtrat
stv. Fraktionsvorsitzender

CSU-Fraktion,
Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765; email: csu-fraktion@muenchen.de
Richard Quaas; Neurißweg 19; 80939 München; email: rquaas@yahoo.de wzim.de

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 8. März 2011

Antrag

Sprachliche Gleichstellung umfassend umsetzen

Der Stadtrat möge beschließen:

Das Direktorium der Landeshauptstadt München überprüft die umfassende Umsetzung sprachlicher Gleichstellung von Frauen und Männern auf allen Ebenen der Verwaltung, in allen Texten der Stadt, z.B. in Faltblättern/Infoblättern, Broschüren, Internetseiten, sowie in Formularen und Antragsformularen. Es stellt die Ergebnisse dieser Überprüfung dar und sorgt dafür, dass die Texte und Formulare umgehend umfassend geschlechtergerecht formuliert werden. Gleichzeitig wird die Studie *„Frauen sind nicht der Rede wert?“ Sprachliche Gleichstellung in Texten und Veröffentlichungen der Landeshauptstadt Kiel* von Friederike Braun (2009) vorgestellt. Ebenso werden in anderen Kommunen wie Konstanz, Wien und Kiel existierende Formulierungshilfen zum Verfassen von gendergerechten Texten und Formularen vorgestellt und auf ihre Anwendbarkeit für die Landeshauptstadt München untersucht.

Begründung:
Das Bundesgleichstellungsgesetz von 2001 verlangt in §1 (2), dass die Gleichstellung von Frauen und Männern in Rechts- und Verwaltungsvorschriften auch sprachlich zum Ausdruck gebracht wird. Das „Handbuch der Rechtsförmlichkeit“ (2008) legt dar, wie dies konkret umzusetzen ist. Eine Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung vom 23.12.03 empfiehlt, in Texten und Formularen entweder beide Geschlechter zu benennen (z.B. die Wählerinnen und Wähler) oder eine neutrale Formulierung zu wählen (die Wählenden). Die Landeshauptstadt München ist mit der Formulierung der Allgemeinen Geschäftsanweisung (AGAM) noch einen Schritt weitergegangen. Dort heißt es unter Abs. 1.8, dass Personenbezeichnungen „entweder geschlechtsneutral sein oder voll ausgeschrieben in weiblicher und maskuliner (sic) Form erscheinen“ sollen. „Wo Personen angesprochen werden, müssen sie nach Geschlecht differenziert werden“. (AGAM Abs. 1.8., Stand: 15.7.2010)

Das ist in München jedoch noch lange nicht die Realität. In einem Artikel über sprachliche Gleichstellung in der Zeitung *KOFRA* weist die Autorin anhand von Stichproben auf, dass auch in München geschlechtergerechte Formulierungen noch immer nicht in allen Bereichen selbstverständlich sind. So finden sich z.B. in dem Formular zur Gewerbeanmeldung in München nur männliche Formen wie

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-muenchen-stadtrat.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

„*Betriebsleiter*, *Gesellschafter* und *Betriebsinhaber".* Auch im Antrag auf Parkerleichterungen werden genannt: „*Handwerker*, *Handelsvertreter* und *Soziale Dienste*. Die einzige Neutralisierung (*Soziale Dienste*) findet sich also ausgerechnet da, wo überwiegend Frauen tätig sind." (KOFRA, 137/2010/11, s. 5). In ähnlicher Weise sind z.B. in den Unterlagen zur Zweitwohnsteuererklärung des Kassen- und Steueramtes die Bezeichnungen teilweise nicht geschlechtergerecht (Steuerpflichtiger statt *Steuerpflichtige Person*, *Ehegatte* soll die Gattin mit einschließen etc.). In Protokollen von Eheschließungen ist von dem *Standesbeamten* die Rede, selbst wenn eine Frau die Eheschließung vollzogen hat und obwohl die weibliche Formulierung seit einer Gesetzesänderung 2009 explizit möglich ist. Sicherlich finden sich bei gründlicher Untersuchung weit mehr Beispiele.

Es gibt inzwischen über 20 unterschiedliche vergleichende Studien zu der Wirkung von ausschließlich männlichen bzw. geschlechtergerechten Formen. Mit verschiedensten Methoden und Herangehensweisen belegen diese Studien durchgehend, dass die unterschiedlichen Formulierungen eindeutig Auswirkungen auf die Assoziationen der Versuchspersonen haben, sprich, Frauen entweder „mitgedacht" werden oder eben nicht: Sprache macht Bewusstsein.

Ein immer wiederkehrendes Argument gegen geschlechtergerechte Formulierungen ist der Einwand, Texte würden unleserlich, länger und stilistisch weniger ansprechend. Auch dieses Argument lässt sich in Studien nicht belegen, im Gegenteil, durch elegante Kombinationen verschiedener inklusiver Formen wie Beidnennungen und Neutralisierungen können Texte sogar verständlicher, kürzer und detailgenauer werden. Darüber hinaus sorgen rein maskuline Formen u.U. für Verwirrung, wenn eine Frau gemeint ist, aber von dem *Ehegatten*, dem *Polizisten*, dem *Diplomvolkswirt* die Rede ist. Des weiteren stellen sich direkte Zitate aus Gesetzen für die Dienststellen oft als problematisch dar. Somit werden maskuline Formulierungen aus den amtlichen Gesetzestexten in Formulare übernommen. Dabei wird oft argumentiert, dass aus Gründen der Rechtssicherheit auf eine Anpassung an die geschlechtergerechte Personenbezeichnung verzichtet wird.

Die Landeshauptstadt München ist in vielen Bereichen eine viel beachtete und kopierte Vorreiterin in Sachen Gleichstellung. Mit Abs. 1.8 der AGAM wurde ein wichtiger Meilenstein zur sprachlichen Gleichstellung in München gesetzt. Nun gilt es, tiefer einzusteigen, diesen Fortschritt in der Praxis vollständig umzusetzen und dafür zu sorgen, dass Frauen in allen Bereichen umfassend eingeschlossen sind. Da das Direktorium stadtweit am meisten Überblick hat, scheint es die passende Stelle, um diese Überprüfung federführend zu übernehmen.

Fraktion Die Grünen – rosa liste

Initiative:
Lydia Dietrich
Siegfried Benker
Gülseren Demirel
Jutta Koller
Mitglieder des Stadtrats

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-muenchen-stadtrat.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

DIE LINKE.
... mit links für ein solidarisches München

DIE LINKE im Stadtrat, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München

Oberbürgermeister
Christian Ude

Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

DIE LINKE
offene Liste im Stadtrat
Orhan Akman
Ehrenamtlicher Stadtrat

Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

Tel: 089 - 233 - 2 52 35
Fax: 089 - 233 - 2 81 08

München, 08.03.2011

Antrag: Mehr Jugendräumen für die Messestadt Riem!

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt einen Bericht über den Sachstand der bestehenden Jugendräume in der Messestadt Riem zu erstellen. Darin werden die Aufenthaltsmöglichleiten für Jugendliche und die Betreuungsangebote im Rahmen der Jugendsozialarbeit dargestellt.

2. Weiterhin wird erläutert wie viele Jugendlichen sich die vorhandenen Jugendräume teilen und wie sich die Frequentierung der Räume perspektiv (z.B. in 5-10 Jahren) verändern wird.

3. Dem Stadtrat wird darüber hinaus dargelegt, ob ein Konzept zum Bau weiterer Jugendräume vorliegt, bzw. sofern so ein Konzept noch nicht vorliegt, wann ein solches erarbeitet wird.

Begründung:

In der Messestadt Riem bestehen zurzeit 17 Kindergärten. Die Kinder, die in der Messestadt aufwachsen, werden nun zu Jugendlichen, jedoch fehlt es an geeigneten Jugendräumen. So besteht das Jugendangebot bisher nur aus den Jugendräumen in der Kirche „St. Florian“ und dem Jugendzentrum „Quax“. Beide können die Nachfrage nach geeigneten Treffpunkten für Jugendliche aber nicht stillen. In Zukunft wird sich die Situation, durch steigende Zahl der Jugendlichen in der Messestadt, verschärfen.

Auf der noch unbebauten, für öffentliche Grundstücke vorgesehenen, Fläche am südlichen Ende der Messestadt sollte ein weiteres Jugendzentrum entstehen. Den Jugendlichen in Riem muss die Möglichkeit gegeben werden, sich ungezwungen, unabhängig vom Programm der Zentren, im öffentlichen Raum zu treffen.

Orhan Akman

Stadtrat der LINKEN**.**

Stadtrat: **Orhan Akman•**
Mitarbeiterin: **Maren Ulbrich**
Bürozeiten: **Mo: 10 Uhr bis 12 Uhr, Di: 14 Uhr bis 16 Uhr und Do: 14 Uhr bis 16 Uhr (Stadtratsbüro Rathaus, Zimmer Nr. 176)**
E-Mail: **info@dielinke-muenchen-stadtrat.de**
Homepage: **http://www.dielinke-muenchen-stadtrat.de**

Johann Altmann – Rathaus, Marienplatz 8 – 80331 München

Johann Altmann

Telefon: +49 (0) 89 / 233 – 207 66
Mobil: +40 (0) 160 / 708 655
Fax: +49 (0) 89 / 233 – 207 70
E-Mail: johann.altmann@muenchen.de

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

München, 7. März 2011

ANFRAGE

Ermittlungsstand zum Verschwinden des historischen Gedenkstein vom Waldfriedhof

Seit Mitte September 2010 ist die große historische Grabstele, die an den tragischen Flugzeugabsturz der 52 Opfer vom 17.12.1960 erinnert, vom Waldfriedhof auf bislang unverständliche Weise verschwunden. Aufgrund meiner Anfrage vom 15.11.2010 erhielt ich am 06.12.2010 vom Referat für Gesundheit und Umwelt eine sehr oberflächlich abgearbeitete Antwort. Fakt ist jedoch, dass die Grabstele wegen ihrer Größe und Gewicht nicht ohne schweres Gerät aus dem Waldfriedhof zu entfernen war. Seit 1986 ist die Städtische Friedhofsverwaltung Eigentümerin der Grabstätte und auch des Denkmals geworden.

Daher frage ich nochmals den Herrn Oberbürgermeister:

1. Wurde mittlerweile Anzeige wegen Diebstahl, wie vom Referenten angekündigt, erstattet?
2. Wenn ja,
   a) wann?
   b) unter welchem Aktenzeichen wird dies beim PP München bearbeitet?
   c) gibt es bereits Ermittlungsergebnisse?
3. Wenn nein, warum die Anzeige nicht erstattet?
4. Wurde eventuell auch bereits die Grabstätte aufgelöst?
5. Wenn ja, seit wann?
6. Wird von Seiten der LH München in nächster Zukunft diese Gedenkstätte wieder errichtet?

Gez.
Johann Altmann, ehrenamtlicher Stadtrat